

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

95 (7.8.1948)

Druck u. Verl.: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lamstr. 1b-5. Telefon 4081-53. Ausgaben: Karlsruhe, Khe.-Land, Pforzheim (Eberlestr. 18), Bruchsal (Friedrichstr.), Kaufhaus Schardt



Einzelverkaufspreis 30 Pfg. Monatl. Bezugspreis DM 2.40, Postbezug DM 2.30 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Zelle für Karlsruhe-Bruchsal DM 2.-, für Pforzheim DM 1.-.

NEUESTE NACHRICHTEN

Eine Einladung Israels zu Friedensverhandlungen

Tel Aviv, 6. Aug. (AP) Die Regierung von Israel ließ am Donnerstag die erste direkte Einladung an die arabischen Länder zu Friedensverhandlungen in der Gegend von Haifa aufzunehmen. Israel hat den Palästina-Vermittler der Vereinten Nationen, Graf Bernadotte, um Übermittlung des Angebots an die arabischen Staaten gebeten. Nach einer dreistündigen Unterredung ersuchte der israelische Außenminister, Moshe Shertok, Graf Bernadotte, im Namen der provisorischen Regierung Israels um Übermittlung des israelischen Vorschlags an die „Kriegsgegnernden Länder“. Das Angebot wird nunmehr den Vereinten Nationen in Lake Success zugeleitet.

Lage in Indien verschlechtert

Neu Delhi, 6. Aug. (Dena-Reuters) Die Lage in dem indischen Fürstenstaat Haiderabad hat sich, wie ein Sprecher der indischen Regierung mitteilte, in den letzten 48 Stunden zusehends verschlechtert. Die Regierung des indischen Dominions könne deshalb nicht länger unbeeinträchtigt zusehen. Nach Berichten aus Haiderabad sollen bewaffnete Moslems das Gesetz des Handels an sich gerissen und der Nizam die Kontrolle über die Regierung verloren haben. Diese Entwicklungen beeinflussen stark die indische Politik, noch zu einem Übereinkommen mit Haiderabad, das bisher eine Angliederung an Indien oder Pakistan ablehnte, zu verhandeln. Der Premierminister von Haiderabad soll Rücktritt erklärt haben. Eine offizielle Bestätigung war noch nicht zu erhalten.

Für eine Dezentralisation der deutschen Wirtschaft

Frankfurt a. M., 6. Aug. (AP) Das Zweimächte-Kontrollamt der Bizone forderte den Wirtschaftsrat in einem Schreiben am Donnerstag auf, innerhalb von 30 Tagen ein Gesetz über die Neuordnung und Beschränkung des Verwaltungsapparates in der deutschen Industrie zu verabschieden, andernfalls die Militärregierung selbst diese Maßnahme durchführen würde. In dem Schreiben heißt es, „die Erfordernisse der gegenwärtigen Lage sind derart dringend, daß die Militärregierung nicht das Risiko unverantwortlicher Nachteile für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Bevölkerung auf sich nehmen kann. Diese könnten möglicherweise durch das Versäumnis des Wirtschaftsrates entstehen, die geforderten Gesetze zu erlassen.“ Am 9. Juni hatte das Zweimächte-Kontrollamt den Wirtschaftsrat mit der Schaffung eines Gesetzes über die Errichtung von sogenannten Industriegruppen beauftragt. Bisher ist jedoch keine entsprechende Verordnung erlassen worden. Aufgabe der Industriegruppen soll sein, den Rohmaterialbedarf und die Zuteilung von Rohstoffen an die einzelnen Industrien zu regeln. Bisher hatten die einzelnen Werke unabhängig voneinander Einzelanträge an eine Zentralstelle zu richten.

Kontenfreie Berlins widerrufen

Berlin, 6. Aug. (Dena) Die Kontenfreie Berlins zugunsten des Berliner Magistrats zur Zahlung von Löhnen und Gehältern in Höhe von 25 Mill. Ostmark ist einer Mitteilung des Reichsministeriums für Wirtschaft und Finanzen zufolge für die Westsektoren im Verlauf des Freitagvormittag auf sowjetischen Befehl vorläufig zurückgezogen worden.

Im Telegrammstil

Washington. Der Staatssekretär für die Armee im US-Verteidigungsministerium, Kenneth Royall, erklärte hier am 4. s. General Clay werde als US-Militärattaché nach Deutschland gehen. — Das US-Repräsentantenhaus hat am 5. s. die von der Regierung eingebrachte Antikommunistengesetzgebung abgelehnt. — Die Kontrolle für Verbraucherkredite vorliegt, angenommen, während es die von Präsident Truman verlangte Ermächtigung, bisweilen Kontrollen zu erheben, abgelehnt hat. (Dena-INS)

New York. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Thomas D. Dewey soll im Falle seiner Wahl zum Präsidenten eine vollständige Reorganisation des US-Außenministeriums planen. Gutachter erwarten, daß Dewey die Einstellung von 1000 jungen Männern empfehlen wird, die während ihrer Ausbildung zu Berufsdiplomaten in der ganzen Welt Dienst tun sollen. (Dena-OANS)

Paris. Das seit dem 1. s. an der westafrikanischen Küste verbliebene Flugboot vom Typ „Laticore“ ist bisher nicht gefunden worden. (Dena)

Prag. Der gesamte Reiseverkehr zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei ist eingestellt worden. (AP)

Budapest. Der ungarische Ministerpräsident Lajos Dinnyes teilte im MTI dem britischen Staatsminister Lord Szakabdi mit, s. s. den Rücktritt Außenminister Erik Molnars mit. Der kommunistische Innenminister László Palk ist auf Vorschlag von Dinnyes zum ungarischen Präsidenten zum neuen Außenminister ernannt worden. (Dena)

Kalkutta. In der indischen Provinz Assam ist eine schwere Cholera-Epidemie ausgebrochen. Gleichzeitiger Ausbruch einer Hungersnot bedroht 35 Prozent der Bevölkerung. Bestenfalls Lebensmittellieferung mehr. Die Zahl der Toten über drei Tage eine Mehrheit einnehmen. (Dena-APF)

Baden-Baden. Ab 14. August werden die französischen Buslinien wieder als Fahrgastverbindungen für Sonntagsrückfahrten eingeführt. (Dena)

Ludwigshafen. Zahl der Opfer des französischen Explosionsunglücks hat sich bis zum 5. s. auf 191 erhöht. 32 Personen noch vermisst. (Dena)

Stuttgart. Das US-Armee-Depot in Mannheim, das 6.900 Bedienstete mit einem Einkaufswert von ca. 5 Mill. Dollar enthält, wurde der STEG übergeben. Das Lager enthält hauptsächlich Textilien, Kleingüter, Eisenwaren, Werkzeuge und

Noch immer Ungewißheit über die Moskauer Besprechungen

Die letzten Stellungnahmen der Westmächte an Außenminister Molotow übergeben

Moskau, 6. Aug. (AP) Die Vertreter der drei Westmächte in Moskau haben die ersten Stellungnahmen ihrer Regierungen über ihre Konferenz mit Stalin erhalten, wie am Donnerstag in Moskau verlautete. Der Inhalt dieser Stellungnahmen wird jedoch streng geheimgehalten. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß die Botschafter am Mittwochabend eine Besprechung über die Äußerungen ihrer Regierungen hatten. Die bedeutende Rolle, die die Berliner Lage in den gegenwärtigen Besprechungen einnimmt, geht aus dem daraus hervor, daß sich Francois Seydoux, der politische und diplomatische Ratgeber des französischen Militärgouverneurs in Deutschland, augenblicklich in Moskau aufhält.

ebenfalls in der amerikanischen Botschaft ein, in der Smith bereits seit einer Stunde mit dem französischen Botschafter, Yves Chataigneau, konferierte. Die Veröffentlichung eines Kommuniqués über den bis jetzt streng geheim gehaltenen Inhalt der Besprechungen durch den Außenminister Molotow wird von den Westmächte nach Berichten von politischen Beobachtern in Moskau lt. INS im Anschluß an ein zweites Zusammenkommen mit Marshall Stalin erwartet. Wie Dena-Reuters aus Paris berichtet, sind die Vertreter der drei Westmächte in Moskau von ihren Regierungen angewiesen worden, um eine neue Unterredung mit Außenminister Molotow zu ersuchen.

Gut unterrichtete Beobachter in Moskau vertreten die Ansicht, die Sowjetunion werde bei Verhandlungen über Berlin darauf bestehen, daß die Westmächte ihre Pläne für die Bildung einer westdeutschen Regierung fallen lassen. Ein dergleichen Vorschlag anerkennt nach Ansicht der Sowjets die völlige Spaltung Deutschlands und zuzuleistete das Potsdamer Abkommen. Die UdSSR wird nach Auffassung der Beobachter niemals das dulden, was dort als eine zunehmende amerikanische „Kolonisierung“ Deutschlands durch amerikanisches Kapital bezeichnet wird. Ein hoher sowjetischer Offizier soll am Donnerstagabend deutschen Politikern in Berlin mitgeteilt haben, daß Marshall Stalin den drei Botschaftern eine Liste von konkreten Fragen über Deutschland und Berlin vorgelegt hat. Nach der Erklärung des sowjetischen Offiziers forderte Stalin die Botschafter auf, sich mit ihren Regierungen in Verbindung zu setzen und ihm auf seine Fragen konkrete Antworten zu geben.

Das Ende des IG-Farbenkonzerns

Etwa 50 Werke des Konzerns werden demnächst zum Verkauf angeboten

Frankfurt, 6. Aug. (AP) Die anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden gaben am Freitag bekannt, daß etwa 50 Werke des riesigen IG-Farbenkonzerns demnächst zum Verkauf angeboten werden würden. Der Verkauf des IG-Farben-Besitzes, der durch Vermächtnisbeschlüsse in unabhängige Einheiten zerschlagen worden ist, wird von deutschen Behörden durchgeführt werden. Vorläufig wird er nur in der Bizone stattfinden, aber die französische Militärregierung ist über den anglo-amerikanischen Plan unterrichtet worden und dürfte sich ihm wohl anschließen.

Die Maßnahme wurde von den anglo-amerikanischen Behörden ohne Befragen der Russen beschlossen. Dies stellt ein Abgehen von der bisherigen Vermächtniskontrolle des IG-Farbenkonzerns dar, man erklärt in Kreisen der britischen und amerikanischen Militärregierung, diese Aktion sei in Angriff genommen worden, weil durch das Vorgehen der Russen die Vermächtnisverwaltung Deutschlands ohnehin zusammengebrochen sei.

Der neue Plan für die Kontrolle des IG-Farbenkonzerns sieht die Schaffung einer anglo-amerikanischen Aufsichtsbehörde vor, die über den anglo-amerikanischen Plan unterrichtet worden und dürfte sich ihm wohl anschließen. Die Maßnahme wurde von den anglo-amerikanischen Behörden ohne Befragen der Russen beschlossen. Dies stellt ein Abgehen von der bisherigen Vermächtniskontrolle des IG-Farbenkonzerns dar, man erklärt in Kreisen der britischen und amerikanischen Militärregierung, diese Aktion sei in Angriff genommen worden, weil durch das Vorgehen der Russen die Vermächtnisverwaltung Deutschlands ohnehin zusammengebrochen sei.

zu gründen, wobei die Rechtsansprüche zunächst auf die Treuhänder und später auf jede Organisation nach ihrer Gründung übergehen. 2. Das Deutsche Gremium wird die Aufgabe zugeteilt, für die Verfügung über die Aktien in den neuen Gesellschaften zu sorgen. Alle diese Maßnahmen bedürfen allerdings der Genehmigung durch das anglo-amerikanische Kontrollamt. 3. Dem Entflechtungsausschuß wird die Aufgabe anvertraut, über solche bisherigen Vermögenswerte der IG-Farben zu entscheiden, die nicht kommerzieller Art sind oder für den Betrieb der unabhängigen Produktionseinheiten nicht notwendig sind. Eine zweite deutsche Dienststelle wird gebildet werden, welche die Interessen der Gläubiger und Aktieninhaber der IG-Farben und ihrer Zweigorganisationen wahrnehmen soll. Die alliierte Ankündigung betont, daß die anglo-amerikanische Aufsichtsbehörde die letzte Instanz für die Verwaltung der IG-Farben-Vermögenswerte bleibt. In der Ankündigung wird betont: „Es ist eines der Ziele der Militärregierung im vereinigten Wirtschaftsgebiet, daß der mächtige IG-Farbenkonzern nicht nur erstattet, sondern auch die Bildung eines sechs bis acht Mitglieder zählenden deutschen „IG-Farben-Entflechtungs-Ausschusses“ vor. Da die britische und die amerikanische Militärregierung in der „Entflechtung“ der chemischen Industrie eine eigentlich deutsche Aufgabe erblicken, wird dem Ausschuß die Entscheidung in Fragen der Aufteilung überlassen bleiben, wo immer es anging erscheint.“

„Die Tage der Sorge um das tägliche Brot sind nun endgültig vorbei“

Berlin, 6. Aug. (Dena) Ein Sprecher der US-Militärregierung bezeichnete am Donnerstag über den Sender RIAS die gegenwärtige Ernährungslage in den Vereinigten Westzonen als außerordentlich günstig. Danach haben die Normalverbraucher in den Westzonen mit 1900 Kalorien pro Tag und 25 Prozent Tonnen Lebensmittelvermittlung seit Kriegsende erhalten. Die auf 20 Kilogramm erhöhte Kartoffelzuteilung komme einer Aufhebung der Rationierung gleich. Die Ernte des Jahres 1948 übertrifft die letztjährige Ernte um 20 Prozent. Die Ernährungslage habe sich soweit gebessert, daß die Tage der Sorge um das tägliche Brot endgültig vorbei seien.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab der Sprecher bekannt, daß allein in den ersten zehn Tagen des Monats Juli etwa 200.000 Tonnen Lebensmittel aus den USA in das vereinte Wirtschaftsgebiet eingeführt worden sind. Außerdem wurden aus zahlreichen europäischen Ländern Obst und Gemüse, Wäfler, Fleisch und Fische importiert. Seit dem 1. August sind die Lebensmittelvermittlung mit der italienischen Regierung in Höhe von 3 Mill. Dollar sind bereits mehr als 20.000 t italienisches Obst und Gemüse in der Bizone eingetroffen, während weitere 70.000 t bis Ende dieses Monats erwartet werden. Diese Lieferungen wurden durch Abschlüsse mit Portugiesisch-Ostafrika, der Türkei und Holländisch-Ostindien auf

Die Gegensätze auf der Donau-Konferenz

Großbritannien schlägt Untersuchung durch ein internationales Tribunal vor, ob die Donau-Konvention von 1921 noch Gültigkeit hat

Belgrad, 6. Aug. (Dena-Reuters) Großbritannien schlug auf der Abendung der Donau-Konferenz am Donnerstag vor, daß der internationale Gerichtshof oder ein internationales Tribunal darüber entscheiden soll, ob die Donau-Konvention von 1921 noch Gültigkeit hat. Die britische Delegation forderte die Bildung einer Donau-Kommission, die das gesamte internationale Flußsystem der Donau erweitern und ausbauen solle, und betonte, die von der Sowjetunion vorgeschlagene neue Konvention werde sich nachteilig auswirken, da sie die Notwendigkeit einer Koordinierung der Verantwortung der Donaustaaten für Flußregulierung und Schiffahrtkontrolle außer acht lasse. Der jugoslawische Delegierte, Dr. Ales Bebler, schlug vor, man solle den sowjetischen Entwurf als Grundlage für die weiteren Verhandlungen akzeptieren, da die Mehrheit der Delegationen auf der Konferenz diesen Entwurf befürwortete.

Er ersuchte die Vereinigten Staaten, ihre Vorschläge in diesem Sinne umzuformulieren. Bebler schlug außerdem vor, einen Ausschuß damit zu beauftragen, sämtliche der Konferenz vorgelegten Entwürfe zu prüfen. Der ukrainische Delegierte, A. M. Baranowski, wies darauf hin, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten keine wirtschaftlichen Interessen an einer Beteiligung in der Donauverwaltung haben könnten. Amerikanische Schiffe seien noch niemals im Donauverkehr eingesetzt worden und die amerikanischen Exporteure würden die Donauverwaltung nicht unterstützen. Die VVN betonte wieder, daß die Errichtung der Wiedergutmachungsämter und durch die Einsetzung öffentlicher Anwälte ein großer Teil der wirtschaftlichen und sozialen Arbeit der VVN hinfallen würde, was durch die politischen Aufgaben stärker in den Vordergrund getreten seien.



Die olympische Siegerliste

- 400 m Männer: 1. Arthur Wind, Jamaica, 46,2; 2. Mac Kenley, Jamaica, 46,4; 3. Whitfield, USA, 46,9.
- 3000 m Hindernislauf: 1. Tore Sjostrand, Schweden, 9:04,6; 2. Elmstaer, Schweden, 9:08,2; 3. Hagström, Schweden, 9:11,8.
- Turnsprünge, Männer: 1. Sam Lee, USA, 130,05 P.; 2. Harlan, USA, 122,30 P.; 3. Capilla, Mexico, 113,32 P.
- 100 m Rücken, Frauen: 1. Karin Harup, Dänemark, 1:14,5; 2. Zimmermann, USA, 1:16,0; 3. Davies, Australien, 1:16,7.
- Moderner Fünfkampf: 1. Hauptmann Grut, Schweden, 16 P.; 2. Major Moore, USA, 47 P.; 3. Major Gardia, Schweden, 49 P.
- Flortreffens: 1. Burland, Frankreich; 2. D'Orsola, Frankreich; 3. Magli, Ungarn.
- 1500-m-Lauf: 1. Eriksson, Schweden, 3:49,8; 2. Strand, Schweden, 3:50,4; 3. Slijkhuis, Holland, 3:50,4.
- 200 m Frauen: Blankers-Koen, Holland, 24,4; 2. Williamson, England, 25,1; 3. Patterson, USA, 25,2.
- Turnsprünge, Frauen: 1. Draves, USA, 2; 2. Eisener, USA, 3; 3. Christoffersen, Dänemark.
- Sieger im Ringen: Hassan, Ägypten; Peterson, Schweden; A. Ericsson, Norwegen; O. Anderberg, Schweden; Oktav, Türkei; Zilvaasay, Ungarn; Gallegatix, Italien; Grönberg, Schweden.

Unsere Bilder zeigen: die dreifache Siegerin P. Blankers-Koen, Holland, den 800-m-Sieger Whitehead, USA, und den 5000-m-Überschlagsieger Reiff, Belgien. (Dena)

Der Außenhandel der Bizone

Frankfurt, 6. Aug. (Dena) Im Zusammenhang mit den kürzlich zwischen der Bizone und Ungarn aufgenommenen Verhandlungen über die politische Resime in den betreffenden Staaten am 5. August ein Sprecher der JEIA, die amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden in Deutschland seien bemüht, den Handel zwischen Deutschland und dem Ausland ohne Rücksicht auf die politische Resime in den betreffenden Staaten zu fördern. Der Balkan und die anderen osteuropäischen Länder seien von jeher eine der wesentlichsten Bezugsquellen für die deutschen Lebensmittelimporte gewesen. Es liege daher im Interesse des europäischen Wiederaufbaues, diese Länder wieder in den deutschen Außenhandel einzubeziehen. Aus Kreisen der zur Zeit in der Bizone weilenden ungarischen Handelsdelegation verlautete, daß Ungarn beabsichtigt, eine Handelsniederlassung in Frankfurt zu errichten, falls das geplante Handelsabkommen zustandekommt. — Die Handelsbesprechungen zwischen der Bizone und der Schweiz sollen voraussichtlich am 9. August wieder aufgenommen werden. Die JEIA hofft, daß damit die zur Steigerung des Außenhandels mit der Schweiz erforderlichen Schritte eingeleitet werden. Zur Zeit liegt der Außenhandel mit der Schweiz noch weit hinter dem der Vorkriegszeit.

Wird die VVN eine politische Organisation?

Stuttgart, 6. Aug. (Dena) Die US-Militärregierung für Württemberg-Baden hat den VVN-Landesausschuß Württemberg-Baden in dem Schreiben aufgefordert, ein formelles Gesuch auf Genehmigung als politische Gruppe innerhalb Württemberg-Badens einzureichen. Wie hierzu aus Kreisen der VVN verlautet, hat die Militärregierung zur Begründung dieser Aufforderung angeführt, es sei seit der Zulassung der VVN am 17. April 1946 immer deutlicher geworden, daß ihre Tätigkeit mehr und mehr politischer Natur geworden ist. — Die Landesstelle der VVN hat eine Anzahl ihrer Mitglieder um ihre Unterschrift für den Antrag auf Neulizenzierung als politische Gruppe gebeten. Die VVN betonte wieder, daß durch die Errichtung der Wiedergutmachungsämter und durch die Einsetzung öffentlicher Anwälte ein großer Teil der wirtschaftlichen und sozialen Arbeit der VVN hinfallen würde, was durch die politischen Aufgaben stärker in den Vordergrund getreten seien.

Politik und Menschlichkeit

Halle, 6. Aug. (CND) Auf Befehl der sowjetischen Militärverwaltung wurde den russischen Soldaten und dem weiblichen russischen Heerespersonal die Heirat mit Deutschen verboten. Auf Grund dieses Verbots mußten SED-Funktionäre in Halle und Leipzig, die bereits seit Kriegsende mit Russinnen verheiratet waren und zum Teil Kinder hatten, ihre Ehen von den Standesämtern für ungültig erklärt lassen.

Kurz beleuchtet

Die Spannung zwischen Ost und West hat etwas nachgelassen, man bespricht sich. Das ist schon etwas, wenn auch über die Vertreter der Westmächte sorgfältig geschwiegen wird. Die Situation ist noch so heikel, daß vorzeitige Veröffentlichungen über die Vorschläge und Gegenanschläge für einen Ausgleich mehr Schaden als Nutzen stiften könnten. Daß man noch in einem Scheubestand ist, geht daraus hervor, daß ein zweites Zusammenkommen der Westvertreter mit Stalin stattfinden soll. Das heißt also, daß die westlichen Regierungen die Ideen Stalins geprüft und zu ihnen Stellung genommen haben. Die Botschafter werden nunmehr ihrerseits Stalin die gewiß aufeinander abgestimmten Meinungen ihrer Regierungen übermitteln. Aus pro und contra geht in der Regel die Verständigung. Was die Westmächte vorschlagen, ist unbekannt. Was „unterrichtete Beobachter“ meinen, das nämlich Rußland als Gegenleistung für eine Revision seiner Haltung gegenüber Berlin eine Aufgabe der Pläne der Westalliierten hinsichtlich des Westdeutschen Staates fordert, könnte stimmen, hieße aber nicht mehr, als daß eine Forderung durch die Sowjetunion gestellt wird, der nur dann zugestimmt werden könnte, wenn sie zu einer raschen Schaffung eines wirtschaftlich und politisch einheitlichen Deutschland bereit wäre. Das aber bedingte Konzessionen Rußlands, zu denen es bisher nicht bereit war. Die Hoffnung, daß es sich diesmal zu einer vernünftigen Lösung dieser Frage erster Ordnung entschließen könnte, erscheint verwehen. W. S.

1. Jahrgang Nr. 95 BADISCHE Neueste Nachrichten Samstag, 7. 8. 48

Das neue Gesetz

Es gibt Worte, die mehr als Taten sind, weil sie die Krise erhellen und wie ein Leuchtfeuer in der Dunkelheit der Zeit stehen. Sie hindern sich an den Irrtümern des menschlichen Herzens und rufen die Gewissen auf, in denen die Wandlungen vollbringen und Entschlüsse zum Guten wecken. So mächtig ist schon allein das Wort, wenn es aus aufrichtigem Herzen kommt und mitten in das Chaos der Menschen trifft. Von solcher Qualität war die Ansprache des Kardinals Salgäe auf dem Pax-Christi-Kongreß im französischen Gnadendorf Lourdes. Schon das äußere Bild vermittelt ein Stück abendländischer Zukunft. 1900 waren aus allen Teilen der Welt und aus vielen Nationen gekommen, vor nicht allzu langer Zeit noch in zwei feindliche Fronten getrennt, fühlen sie sich heute in einem Willen und Geist vereint, die absoluten Werte eines weltverneuernden Christentums zum tragenden Pfeiler der menschlichen Gesellschaft eines gerechten und dauerhaften Friedens der Welt zu machen. Unter ihnen 1500 Deutsche, alles zusammen ein Teil jener über die Grenzen und Nationalismen sich erhebenden christlichen Aktionsgemeinschaft, zu der nicht minder die Ökumene der evangelischen Kirchen der Welt zu rechnen ist. Drei Kardinele, drei verschiedenen Nationen angehörend, gaben dem Kongreß eine besondere Note. Erzbischof Dr. Frings von Köln, der von Sevilla und der soziale Apostel der französischen Christenheit, Salgäe, der in seinen dem Geist der Liebe nie verletzenden Auseinandersetzungen mit dem Marxismus den sozialen Ubeln des Zeit bis in die Wurzel nachspürt und in kühnen Formulierungen im Opfer der Besitztenden und der Verurteilung der ungeliebten politischen und wirtschaftlichen Methoden der Vergangenheit, wie ein Anruf an alle Völker und Menschen, sich zum Aufbau einer menschenwürdigen Zukunft im Geiste des Evangeliums zusammenzuschließen.

Sein Appell gilt für alle und läßt niemand und keine Nation aus dem Bereich der Verantwortlichkeit für den und die Nächsten, richtet eine allgemeine Verbindlichkeit jedes für jeden auf und fordert die Verantwortung der Völker und Nationen zueinander, in der die stärkere die schwächere zu stützen, die siegreiche die besiegte zur Freiheit und Gleichberechtigung emporzuführen hat, auf daß wahrhafte Verantwortlichkeit aller Teile für die Gesamtheit in ihrer Fortschrittlichkeit und die Voraussetzung für einen echten und dauerhaften Frieden gegeben sei. Das wäre das neue Gesetz, obwohl es in Wirklichkeit schon seit 2000 Jahren verankert und mit einem unendlichen Preis besiegelt ist, das die geistliche und weltliche, die den Nationalismus und Mammonismus vom Thron ihrer Herrschaft stößt und den Menschen und seine Wohlfahrt zum Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik macht. Eine zweite wäre weder notwendig noch zu fürchten, die das Recht regiert und die Menschlichkeit, ihren Sinn und Ansatz verloren hätte.

Es gilt, die fähigsten Deutschen zu sammeln

Ein britischer Offizier, Generalmajor Gordon Grimdale, erfahren in den deutschen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, schlägt vor, daß die fähigsten Deutschen im deutschen Zivildienst gesammelt und die Vergangenheit und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergessen sein soll. Die Rehabilitation kann, wie er sagt, weit besser werden, wenn die nicht unternommen werden, fürchtet er den Zusammenbruch und ernste Folgen für die Welt.

Den denkenden Deutschen liegt ebenfalls die Abhängigkeit von der amerikanischen Wohlfahrt zu beenden. Sie wollen die Industrie wiederaufbauen und ihre Bevölkerung ernähren. Während britische und amerikanische Steuerzahler fortfahren, ihr Lebensniveau zu erhöhen, zahlen, wie Herr Schmidt, daß er nach einer halben Hungerdiät leben muß. Deutschland weiß, daß es bei dem augenblicklichen Weltmangel an Nahrungsmitteln im Jahre 1949 in den bedauerlichen Friedrichsdorf I. Taurus gegründete Deutsche Hugenotten-Verein hatte zur Verantwortung dieser Frage bereits reichliches Material gesammelt. Wer die Hugenottenverein in seinem Vorhaben, das durchsichtige vom volksgeschichtlichen Gesichtspunkt aus zu begründen ist, mit zweckdienlichen Angaben (Anschrittsnennung) zu unterstützen, teile sie dem Leiter des Vereins, Herrn Richard Fouquet, (24b) Flensburg, Friesenstraße 78, mit. Der Deutsche Hugenottenverein hat mit seinen Veröffentlichungen wesentlich zur Kenntnis und zum Verständnis dieses für das deutsche Volk so wichtigen Zinsensammelprozesses beigetragen. Ging es damals um die Aufnahme und Selbstmachung eines fremdstämmigen und fremdsprachigen Volksteils in einem durch Kriege entvölkerten und verarmten Lande, so geht es heute um die Unterbringung deutscher Volksteile in z. T. schon stark bevölkerten Landesteilen.

Es gibt wohl kaum einen Ort in Deutschland, in dem man nicht nur einige, sondern sogar viele der bedauerlichen Angehörigen des Reiches des flüchtigen Volksgenossen trifft. Ihre Not ist groß und ihre Zukunft ungewiß, die Unterbringung und Betreuung bereitet ihnen und den zuständigen Stellen manche Sorgen und viel Kummer. Vielleicht wissen heute viele nicht, daß in einer ähnlichen trostlosen Lage einst auch die Hugenotten, die Glaubensflüchtlinge aus Frankreich waren. Hunderttausende Protestanten verließen den Aufbruch des Edikts von Nantes 1685 ihr schönes Heimatland Frankreich, weil sie aus der Vergangenheit wußten, daß es nun mit den ihnen im Edikt von 1685 zugesicherten Freiheiten ein Ende haben werde, versagt war ihnen wieder die freie Glaubens- und Gewis-

Die Not unserer studierenden Jugend / Hochschul- und Währungsreform

Zu den durch die Währungsreform besonders hart Betroffenen zählen die Studenten. Nach sechs Jahren Krieg haben in Nordbaden weit über 10 000 junge Menschen ihr Studium aufgenommen, um so eine Berufsausbildung zu erhalten, die ihnen bisher verwehrt gewesen war. Das Studium nach dem Krieg war nicht leicht. Die kritische Wohnraumlage, der Mangel an Lehrbüchern und Studienmaterial, der Hunger und schließlich auch die Überfüllung der Lehrstühle bereiteten große Schwierigkeiten. Durch die Währungsreform sind die Sparkonten, mit denen in der Regel das Studium finanziert wurde, versiegen worden, und viele stehen vor dem absoluten Nichts. Während in früheren Jahren die Studenten meist sehr junge Menschen waren, die von ihren Eltern unterstützt wurden, beträgt heute das Durchschnittsalter der Studenten etwa 28 Jahre. Studierende von über 35 Jahren sind keine Seltenheit. Viele von ihnen sind verheiratet und haben Kinder. Oft wurde betont, daß es in Deutschland viel zu viel Studenten gäbe, und es nur zu begrüßen sei, wenn durch die Währungsreform deren Zahl endlich zurückgehe. Wie richtig eine solche Behauptung ist, hat Professor Dr. Jungbluth, der Prorektor der Technischen Hochschule in Karlsruhe, unlängst nachgewiesen. Er hat nämlich festgestellt, daß in Deutschland auf 10 000 Einwohner 16 Studierende zu kommen, während in den USA 160. Es ist aber nicht nur in Deutschland mit seiner geringen Basis an Rohstoffen eine absolute Notwendigkeit, sondern eine besondere erredende Wettbewerbssituation, die früher private Kreise durch Stiftungen gemacht hätten, seien freilich in diesem Umfang nicht mehr zu erwarten, das Vermögen der Hochschulen sei durch die Währungsreform zu 100% verlorengegangen. Durch die Währungsreform im Großen und im Kleinen müsse man streben, über den Berg zu kommen. Hierbei zu helfen, sei Aufgabe der Initiative der einzelnen Lehrstühle.

Zur Zeit sind an der Universität Heidelberg 4853 Studenten, darunter 1458 Studenten, immatrikuliert. Schon vor der Währungsreform hatte der Allgemeine Studentenausschuß (ASTA) mit dem Arbeitsamt eine Vereinbarung getroffen, eine bevorzugte Arbeitsvermittlung für Studenten zu erreichen. Das Motto der Studentenschaft war: „Arbeit ist Pflicht“. Jeder Arbeit bereit. Eine Delegation des ASTA wird in Kürze dem Landtag die besonderen Nöte des Studenten vortragen. Die Kosten eines Semesters belaufen sich auf etwa 700 DM. Besonders aktiv sind zur Zeit die 4204 Studenten der Technischen Hochschule Karlsruhe. So hat eine kleine Gruppe mühsam Studenten mit dem Einsatz des Kopfgeldes der Firma Hilz begründet, die gegen einen festen Stundenlohn jede

Wurde Lindberghs Sohn gefunden?

Ist der 18jährige Erik Nielsen in Hoebj in Dänemark mit dem 1932 in Amerika entführten Sohn des bekannten amerikanischen Ozeanfliegers Charles Lindbergh identisch? Die Kopenhagener Zeitung „Nationaltidende“ vom 3. August meldet, daß diese Frage etwas nach neunmonatiger Untersuchung durch die japanische Polizei, berichtet jedoch als Tatsache, daß zur Zeit Untersuchungen im Gange sind, und die Identität eines jungen Mannes, der Charles Lindbergh verblüffend ähnlich sieht und dessen früheste Kindheit in mystisches Dunkel gehüllt ist, festzustellen. Abgesehen von der allgemeinen Ähnlichkeit ist das rechte Ohr des jungen Mannes, genau wie bei Lindbergh, deutlich größer als das linke, und den Nachforschungen eines Kopenhagener Kriminalisten zufolge sollen auch die Fingerabdrücke des 1932 entführten Lindbergh-Babys mit denen Erik Nielsens identisch sein. Lindberghs Sohn war am 2. März 1932 im Alter von 20 Monaten von unbekannten Tätern entführt worden, die dann mehrmals von den Eltern Lösegeld erpreßten. Am 12. Mai 1932 wurde die

Eine glückliche Umsiedlung

Wieviel Hugenottenabkömmlinge gibt es noch und wo leben sie jetzt in Deutschland? In dem Jahr 1909 in den bedauerlichen Friedrichsdorf I. Taurus gegründete Deutsche Hugenotten-Verein hatte zur Verantwortung dieser Frage bereits reichliches Material gesammelt. Wer die Hugenottenverein in seinem Vorhaben, das durchsichtige vom volksgeschichtlichen Gesichtspunkt aus zu begründen ist, mit zweckdienlichen Angaben (Anschrittsnennung) zu unterstützen, teile sie dem Leiter des Vereins, Herrn Richard Fouquet, (24b) Flensburg, Friesenstraße 78, mit. Der Deutsche Hugenottenverein hat mit seinen Veröffentlichungen wesentlich zur Kenntnis und zum Verständnis dieses für das deutsche Volk so wichtigen Zinsensammelprozesses beigetragen. Ging es damals um die Aufnahme und Selbstmachung eines fremdstämmigen und fremdsprachigen Volksteils in einem durch Kriege entvölkerten und verarmten Lande, so geht es heute um die Unterbringung deutscher Volksteile in z. T. schon stark bevölkerten Landesteilen.

Es gibt wohl kaum einen Ort in Deutschland, in dem man nicht nur einige, sondern sogar viele der bedauerlichen Angehörigen des Reiches des flüchtigen Volksgenossen trifft. Ihre Not ist groß und ihre Zukunft ungewiß, die Unterbringung und Betreuung bereitet ihnen und den zuständigen Stellen manche Sorgen und viel Kummer. Vielleicht wissen heute viele nicht, daß in einer ähnlichen trostlosen Lage einst auch die Hugenotten, die Glaubensflüchtlinge aus Frankreich waren. Hunderttausende Protestanten verließen den Aufbruch des Edikts von Nantes 1685 ihr schönes Heimatland Frankreich, weil sie aus der Vergangenheit wußten, daß es nun mit den ihnen im Edikt von 1685 zugesicherten Freiheiten ein Ende haben werde, versagt war ihnen wieder die freie Glaubens- und Gewis-

Die Not unserer studierenden Jugend

Arbeit von Holzmaschinen bis zum Planzeichnen übernimmt. Eine sofortige Hilfe von 70.- DM wurde an 14% der Studenten ausbezahlt. Der Oberbürgermeister hat die Bevölkerung von Karlsruhe zur Hilfe aufgefordert. Kritisch ist die Lage an der Wirtschaftshochschule in Mannheim, da 902 Kaufleute, die hier studieren, große Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche haben. Hier wie anderswo sind es besonders die bedingten Kirchen, die durch Geldpenden und Freiliche versuchen, die Armen der Studenten über Wasser zu halten. Die Studenten der Musikhochschule in Karlsruhe sind in besonders großer Not. An dieser städtischen Schule wird das Studiengeld monatlich bezahlt, so daß die Studenten auch nach der Währungsreform einen Betrag von 80 DM monatlich erlegen müssen. Die finanziell schwächer gestellten Studenten hatten bisher ihren Unterhalt durch Musikstunden am Konservatorium verdient. Diese erhielten am 1. Juli ihre Kündigung, und stehen nunmehr ohne Einkünfte da. Die Studentenschaft hat sich an den Oberbürgermeister von Karlsruhe mit der Bitte um Hilfe gewandt. Fünf Punkte bezeichnet der Leiter der Karlsruher Akademie für bildende Künste, Professor Dr. Gehrig, als wesentlich für die gegenwärtige Situation: 1. Wir lassen die Pflüge ruhig hängen, bis wir den Wiederaufbau unserer Schule der gegenwärtigen Lage an. 3. Neuemmeldungen gehen laufend ein. 4. Wir helfen unseren Studenten beim Absatz ihrer künstlerischen Erzeugnisse. 5. Arbeit, Arbeit! Schon vor der Währungsreform hatte man sich hier vorbereitet, und schon wenige Tage nach Verkündung der Reform konnte für über 20% der Studenten eine neue Arbeitsstelle vermittelt werden. Es hat sich also gezeigt, daß das Wort von den weltfremden Künstlern ein längst überholtes Schlagwort ist. Süddeutsche Universität Freiburg meldet große Schwierigkeiten. Der über 2000 Studenten umfassende, in der Zone der französischen Zone, und viele sind bereits drei Wochen vor Semester-

Die deutschen Guthaben in den USA

Gruppen politische, rassische oder religiöse Aufstellungen, die zu keiner Zeit zwischen dem 7. Dezember 1941 und der Aufhebung eines solchen Gesetzes, Erlässes oder Verordnung nach deutschem Recht die vollen Bürgerrechte genossen haben. Personen, die zu irgend einer Zeit seit dem 7. Dezember 1941 in Deutschland gewohnt haben, aber nicht deutsche Staatsangehörige sind, besitzen ein Anrecht auf Rückgabe von in den USA eingezogenen Guthaben, wenn sie gezwungen waren, in Deutschland zu wohnen oder bis zum 8. August 1948 gestellt worden ist, was immer das spätere Datum ist. Deutsche Staatsangehörige, die seit dem 7. Dezember 1941 in Deutschland oder in einem mit Deutschland besetzten Gebiet ihren Wohnsitz haben und deren Vermögen in den USA durch das Amt für Guthaben von Ausländern eingezogen worden ist, haben ein Anrecht auf Rückgabe nach den Gesetzen der USA, wenn sie auf Grund irgend eines deutschen Gesetzes, Erlässes oder Verordnung, das ge-

Münchener oder Frankfurter Geschäftsstelle des US Department of Justice

Überprüfen Sie die Geschäftsstelle des US Department of Justice, 1000 Pennsylvania Avenue, N.W., Washington, D.C., für die Aufhebung eines solchen Gesetzes, Erlässes oder Verordnung nach deutschem Recht die vollen Bürgerrechte genossen haben. Personen, die zu irgend einer Zeit seit dem 7. Dezember 1941 in Deutschland gewohnt haben, aber nicht deutsche Staatsangehörige sind, besitzen ein Anrecht auf Rückgabe von in den USA eingezogenen Guthaben, wenn sie gezwungen waren, in Deutschland zu wohnen oder bis zum 8. August 1948 gestellt worden ist, was immer das spätere Datum ist. Deutsche Staatsangehörige, die seit dem 7. Dezember 1941 in Deutschland oder in einem mit Deutschland besetzten Gebiet ihren Wohnsitz haben und deren Vermögen in den USA durch das Amt für Guthaben von Ausländern eingezogen worden ist, haben ein Anrecht auf Rückgabe nach den Gesetzen der USA, wenn sie auf Grund irgend eines deutschen Gesetzes, Erlässes oder Verordnung, das ge-

Militärregierung antwortet

Infolge der unzähligen Anfragen der deutschen Bevölkerung an die Militärregierung war es nicht immer möglich gewesen, allen Fragestellern individuell zu antworten. Aus diesem Grunde wird die Militärregierung durch die Wege Fragen von allgemeiner Bedeutung beantwortet, um sie so auch einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen. In der Zukunft Anfragen an die Hauptgeschäftsstelle der BNN zu schicken, werden wir durch die Militärregierung beantwortet werden. 1. Frage: „Die Maul- und Klauen- seuche trat hier vor einigen Tagen auf und verbreitet sich ungehindert. Wie ich höre, gibt es keine Aussicht, das hier für notwendig zu beschaffen, da es im Ausland hergestellt wird. Was denken die Militärregierung zu tun, um den deutschen Behörden und den Viehbesitzern in dieser Notlage auszuhelfen?“ Grötzingen. A n t w o r t : Das Innenministerium und das Landratsamt in Karlsruhe haben gleich beim Austritt der Seuche im östlichen Teil des Landkreis Karlsruhe Maßnahmen getroffen, um eine Verbreitung zu verhindern. Diese Menge reicht bei weitem nicht aus, und eine weitere Menge von 200 Litern wird durch den Weg der JETA in Auftrag gegeben. 2. Frage: „Durch die bedrückende Geldknappheit bin ich gezwungen, Bankkredit in Anspruch zu nehmen, was ich bisher immer vermeiden konnte. Zum ersten Male muß ich einen Wechsel unterschreiben, um die benötigten Waren zu beschaffen. In meinem Betrieb zum Abschluß zu bringen. Die Kosten sind jedoch enorm. Die Bank berechnet 9,5% Zinsen, dabei muß ich das Geld in 90 Tagen zurückzahlen oder den Wechsel prolongieren. Die ganze Bautätigkeit wird durch den Zinsanstieg unterbunden und das Geschäftsleben erdrückt.“ Karlsruhe. A n t w o r t : Der Bankkredit darf und soll hauptsächlich für Warenbeschaffung in Anspruch genommen werden und entscheidet nicht für Bauzwecke. Kredit für Bauzwecke wird durch den Aussichts genommene Wiederaufbaukredit erteilt werden, und zwar zu viel niedrigeren Zinssätzen. 3. Frage: „In 1946 habe ich eine Halle gekauft, aber den Grund konnte ich nicht erwerben, da er früher Wehrmachtseigentum war und jetzt unter Vermögenskontrolle steht. Eine Firma interessiert sich jetzt für die Halle, wo ein pharmazeutischen Betrieb einrichten möchte, aber nur dann, wenn sie den Boden käuflich erwerben oder für mindestens 10 Jahre pachten kann. Welchen Weg muß ich beschreiten, um die Bedingungen der Firma zu erfüllen? Es wäre jammerschade, die Halle weiter unausgenutzt zu lassen, während der geplante Betrieb einer Anzahl von Flüchtlingen Arbeit sichern würde.“ A n t w o r t : Sie müssen sich an das Württemberg-Badische Finanzministerium, Hauptabteilung VI, Vermögenskontrolle, wenden. Laut bestehenden Vorschriften können Sie den Grund nicht käuflich erwerben, dagegen kann die Hauptabteilung VI einen Pachtvertrag bis zu fünf Jahren schließen.

Das freie Wort

Herr Thielicke & Co., Berlin-Karlshorst, Edingbergstraße 10, Berlin-Karlshorst, wie einst ihre Vorgänger in Frankreich, aufstaut, in dem von seiten der SPD unter anderem gegen Wirtschaftstäter und Profitgier zu Feldes gezogen wird, nichts zu bescheidenden Preissteigerungen. Die SPD verwendet viel Energie auf solche Angriffe. Sie hätte mehr Erfolg, wenn sie ihre Anhänger aufstören würde, nichts zu kaufen, die Preise wieder fallen. Die Zeitungen könnten bei dieser Sache mithelfen. Drucken Sie in jeder Nummer einen großen Aufdruck: „Kauft kein Obst und Gemüse, the die Preise sinken!“

Die Not unserer studierenden Jugend

Arbeit von Holzmaschinen bis zum Planzeichnen übernimmt. Eine sofortige Hilfe von 70.- DM wurde an 14% der Studenten ausbezahlt. Der Oberbürgermeister hat die Bevölkerung von Karlsruhe zur Hilfe aufgefordert. Kritisch ist die Lage an der Wirtschaftshochschule in Mannheim, da 902 Kaufleute, die hier studieren, große Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche haben. Hier wie anderswo sind es besonders die bedingten Kirchen, die durch Geldpenden und Freiliche versuchen, die Armen der Studenten über Wasser zu halten. Die Studenten der Musikhochschule in Karlsruhe sind in besonders großer Not. An dieser städtischen Schule wird das Studiengeld monatlich bezahlt, so daß die Studenten auch nach der Währungsreform einen Betrag von 80 DM monatlich erlegen müssen. Die finanziell schwächer gestellten Studenten hatten bisher ihren Unterhalt durch Musikstunden am Konservatorium verdient. Diese erhielten am 1. Juli ihre Kündigung, und stehen nunmehr ohne Einkünfte da. Die Studentenschaft hat sich an den Oberbürgermeister von Karlsruhe mit der Bitte um Hilfe gewandt. Fünf Punkte bezeichnet der Leiter der Karlsruher Akademie für bildende Künste, Professor Dr. Gehrig, als wesentlich für die gegenwärtige Situation: 1. Wir lassen die Pflüge ruhig hängen, bis wir den Wiederaufbau unserer Schule der gegenwärtigen Lage an. 3. Neuemmeldungen gehen laufend ein. 4. Wir helfen unseren Studenten beim Absatz ihrer künstlerischen Erzeugnisse. 5. Arbeit, Arbeit! Schon vor der Währungsreform hatte man sich hier vorbereitet, und schon wenige Tage nach Verkündung der Reform konnte für über 20% der Studenten eine neue Arbeitsstelle vermittelt werden. Es hat sich also gezeigt, daß das Wort von den weltfremden Künstlern ein längst überholtes Schlagwort ist. Süddeutsche Universität Freiburg meldet große Schwierigkeiten. Der über 2000 Studenten umfassende, in der Zone der französischen Zone, und viele sind bereits drei Wochen vor Semester-

Die deutschen Guthaben in den USA

Gruppen politische, rassische oder religiöse Aufstellungen, die zu keiner Zeit zwischen dem 7. Dezember 1941 und der Aufhebung eines solchen Gesetzes, Erlässes oder Verordnung nach deutschem Recht die vollen Bürgerrechte genossen haben. Personen, die zu irgend einer Zeit seit dem 7. Dezember 1941 in Deutschland gewohnt haben, aber nicht deutsche Staatsangehörige sind, besitzen ein Anrecht auf Rückgabe von in den USA eingezogenen Guthaben, wenn sie gezwungen waren, in Deutschland zu wohnen oder bis zum 8. August 1948 gestellt worden ist, was immer das spätere Datum ist. Deutsche Staatsangehörige, die seit dem 7. Dezember 1941 in Deutschland oder in einem mit Deutschland besetzten Gebiet ihren Wohnsitz haben und deren Vermögen in den USA durch das Amt für Guthaben von Ausländern eingezogen worden ist, haben ein Anrecht auf Rückgabe nach den Gesetzen der USA, wenn sie auf Grund irgend eines deutschen Gesetzes, Erlässes oder Verordnung, das ge-

Münchener oder Frankfurter Geschäftsstelle des US Department of Justice

Überprüfen Sie die Geschäftsstelle des US Department of Justice, 1000 Pennsylvania Avenue, N.W., Washington, D.C., für die Aufhebung eines solchen Gesetzes, Erlässes oder Verordnung nach deutschem Recht die vollen Bürgerrechte genossen haben. Personen, die zu irgend einer Zeit seit dem 7. Dezember 1941 in Deutschland gewohnt haben, aber nicht deutsche Staatsangehörige sind, besitzen ein Anrecht auf Rückgabe von in den USA eingezogenen Guthaben, wenn sie gezwungen waren, in Deutschland zu wohnen oder bis zum 8. August 1948 gestellt worden ist, was immer das spätere Datum ist. Deutsche Staatsangehörige, die seit dem 7. Dezember 1941 in Deutschland oder in einem mit Deutschland besetzten Gebiet ihren Wohnsitz haben und deren Vermögen in den USA durch das Amt für Guthaben von Ausländern eingezogen worden ist, haben ein Anrecht auf Rückgabe nach den Gesetzen der USA, wenn sie auf Grund irgend eines deutschen Gesetzes, Erlässes oder Verordnung, das ge-

Militärregierung antwortet

Infolge der unzähligen Anfragen der deutschen Bevölkerung an die Militärregierung war es nicht immer möglich gewesen, allen Fragestellern individuell zu antworten. Aus diesem Grunde wird die Militärregierung durch die Wege Fragen von allgemeiner Bedeutung beantwortet, um sie so auch einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen. In der Zukunft Anfragen an die Hauptgeschäftsstelle der BNN zu schicken, werden wir durch die Militärregierung beantwortet werden. 1. Frage: „Die Maul- und Klauen- seuche trat hier vor einigen Tagen auf und verbreitet sich ungehindert. Wie ich höre, gibt es keine Aussicht, das hier für notwendig zu beschaffen, da es im Ausland hergestellt wird. Was denken die Militärregierung zu tun, um den deutschen Behörden und den Viehbesitzern in dieser Notlage auszuhelfen?“ Grötzingen. A n t w o r t : Das Innenministerium und das Landratsamt in Karlsruhe haben gleich beim Austritt der Seuche im östlichen Teil des Landkreis Karlsruhe Maßnahmen getroffen, um eine Verbreitung zu verhindern. Diese Menge reicht bei weitem nicht aus, und eine weitere Menge von 200 Litern wird durch den Weg der JETA in Auftrag gegeben. 2. Frage: „Durch die bedrückende Geldknappheit bin ich gezwungen, Bankkredit in Anspruch zu nehmen, was ich bisher immer vermeiden konnte. Zum ersten Male muß ich einen Wechsel unterschreiben, um die benötigten Waren zu beschaffen. In meinem Betrieb zum Abschluß zu bringen. Die Kosten sind jedoch enorm. Die Bank berechnet 9,5% Zinsen, dabei muß ich das Geld in 90 Tagen zurückzahlen oder den Wechsel prolongieren. Die ganze Bautätigkeit wird durch den Zinsanstieg unterbunden und das Geschäftsleben erdrückt.“ Karlsruhe. A n t w o r t : Der Bankkredit darf und soll hauptsächlich für Warenbeschaffung in Anspruch genommen werden und entscheidet nicht für Bauzwecke. Kredit für Bauzwecke wird durch den Aussichts genommene Wiederaufbaukredit erteilt werden, und zwar zu viel niedrigeren Zinssätzen. 3. Frage: „In 1946 habe ich eine Halle gekauft, aber den Grund konnte ich nicht erwerben, da er früher Wehrmachtseigentum war und jetzt unter Vermögenskontrolle steht. Eine Firma interessiert sich jetzt für die Halle, wo ein pharmazeutischen Betrieb einrichten möchte, aber nur dann, wenn sie den Boden käuflich erwerben oder für mindestens 10 Jahre pachten kann. Welchen Weg muß ich beschreiten, um die Bedingungen der Firma zu erfüllen? Es wäre jammerschade, die Halle weiter unausgenutzt zu lassen, während der geplante Betrieb einer Anzahl von Flüchtlingen Arbeit sichern würde.“ A n t w o r t : Sie müssen sich an das Württemberg-Badische Finanzministerium, Hauptabteilung VI, Vermögenskontrolle, wenden. Laut bestehenden Vorschriften können Sie den Grund nicht käuflich erwerben, dagegen kann die Hauptabteilung VI einen Pachtvertrag bis zu fünf Jahren schließen.

Das freie Wort

Herr Thielicke & Co., Berlin-Karlshorst, Edingbergstraße 10, Berlin-Karlshorst, wie einst ihre Vorgänger in Frankreich, aufstaut, in dem von seiten der SPD unter anderem gegen Wirtschaftstäter und Profitgier zu Feldes gezogen wird, nichts zu bescheidenden Preissteigerungen. Die SPD verwendet viel Energie auf solche Angriffe. Sie hätte mehr Erfolg, wenn sie ihre Anhänger aufstören würde, nichts zu kaufen, die Preise wieder fallen. Die Zeitungen könnten bei dieser Sache mithelfen. Drucken Sie in jeder Nummer einen großen Aufdruck: „Kauft kein Obst und Gemüse, the die Preise sinken!“

Warum kein gutes Bier?

Über diese Frage häutet in den westlichen Bevölkerungskreisen eine völlig falsche Vorstellung. Die Brauereien würden nicht lieber machen, als ein gutes Bier zu einem Preis zu verkaufen, als es zu demselben Preis nicht mehr, als zu demselben Preis ein gutes Bier zu einem Preis zu verkaufen...

Für eine gesunde Preisgestaltung

Preisentwicklung gibt Anlaß zu ernstem Bedenken - Disziplin des Käufers notwendig Auf Anregung des ADGB trafen sich am Donnerstag im Karlsruher Rathaus die Vertreter der Gewerkschaften, der Industrie, des Groß- und Einzelhandels, der Preisüberwachung, um zu beraten, wie die Preisentwicklung gesund gestaltet werden kann...

Kurze Stadtnotizen

Erkrankungen durch Kinderlähmung Nachdem in starkem Ausmaß die spinale Kinderlähmung in Bayern und sich gefühlte hat, sind nun auch in Karlsruhe Fälle von spinaler Kinderlähmung bekannt geworden...



Leichtathletik-Duell Europa-USA steht 80:42

Das Leichtathletik-Duell der Erdteile bei den Olympischen Spielen der ersten Weltmeisterschaften in London...

Der Neger mit dem Siebenmeistertitel

Jamaica, die kleine westindische Insel im Karibischen Meer, ist mit einem Schlag zu einer sportlichen Weltmacht geworden...

Was muß in D-Mark bezahlt werden?

Der Haus- und Grundbesitzerverein klärt über Forderungen nach der Währungsreform auf

Zur Klärung wird darauf hingewiesen, daß die Bemerkung im erschienenen Artikel (vorherige Ausgabe) nicht auf den Zeitpunkt der Forderung abzielt...

Schuhmacher gegen Lederpreise

Selbsten die Reparaturkarten, Kundenlisten und der allgemeine, wohlbekannteste Preisstop aufgehoben wurden, steigen sich die Schuhmacher-Innung...

„Berlin, Vorwand meiner Entlassung!“

Minister a. D. Rudolf Kohl sprach im Studentenhau

Mit seiner Amtszeit beginnend, stellte Rudolf Kohl fest, daß das Arbeitsministerium unter seiner Leitung nie einer offenen Kritik ausgesetzt war...

Wieder das Sternbanner

Die Amerikanerin Victoria Draves könnte dem Sternbanner eine weitere Goldmedaille sichern...

Das Sportprogramm

Deutsche Fußballmeisterschaft: FC Nürnberg - FC Kaiserslautern in Köln.

Zugunfall in Berghausen

Am 6. 8. 6.38 Uhr stieß ein leer fahrendes Lokomotiv vor dem Einfahrtssignal des Bahnhofs Berghausen...

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst K'he Warmes, veränderliches Wetter. Vorhersage für die nächsten 24 Stunden...

Handball-Länderspiel Baden - Hessen

Zu dem am Sonntagabend 16 Uhr auf dem Turmstadion des ASV Durlach stattgefundenen Länderspiel...

Ruf aus dem Atlantik

ROMAN VON OTTO LUZZ

(Nachdruck verboten) 2. Fortsetzung Er riß den Brief auf... Wenige Minuten später waren die Herren, die das Glück gehabt hatten, Matthias Claussen kennenzulernen...

„Ich habe hier...“

„Ich habe hier“, begann der Direktor mit vor Erregung hochrotem Antlitz, „einen Brief von Matthias Claussen. Aber von einem andern Matthias Claussen! Verstehen Sie mich recht, meine Herren: ein zweiter Mann dieses Namens ist aufgetaucht!“

„Ich kann Ihnen leider den Vorwurf nicht ersparen...“

„Ich kann Ihnen leider den Vorwurf nicht ersparen, wenn Sie zu spät unterrichtet zu haben.“ „Als ich mich meldete, konnte ich nicht annehmen, daß sich mein Stiefbruder bereits bei Ihnen eingefunden hatte.“

„Ich habe es gehaßt“, fuhr der Direktor fort, „daß die Auffindung der ominösen Flaschenpost, die sich in der Tat immer mehr als eine Sensation erweist, für uns nur unangenehme Folgen haben kann. Ich erinnere Sie daran, meine Herren, daß ich von Anfang an gegen eine Veröffentlichung der Nachricht war. Jetzt befinden wir uns in der fatalen Situation, einem Mann über die Flaschenpost Rechenschaft ablegen zu müssen, der so weit ich bis jetzt beurteilen kann, tatsächlich der gesuchte Matthias Claussen ist.“

